

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 29. März 2017

**Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen  
und Kollegen betreffend faire Reform der Pendlerpauschale**

Der Landtag wolle beschließen:

## Entschließung

### **der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen betreffend faire Reform der Pendlerpauschale**

Die burgenländische Landespolitik orientiert sich stark an Bedürfnissen der Pendler und hat die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren massiv verbessert – das reicht von der Investition von rund 17 Millionen Euro jährlich in den Ausbau der öffentlichen Verkehrs und die Stützung von Jahres- und Monatskarten über die Fahrkostenzuschüsse im Rahmen der Arbeitnehmerförderung bis hin zu spezifischen Maßnahmen wie ein landesweites Netz von „Fair Tanken“-Tankstellen, das Top-Jugendticket, die Semesterticket-Förderung oder kostengünstige Parkgaragenplätze in Wien.

Angesichts steigender Mobilitätsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt bedarf es dennoch weiterer finanzieller Entlastungsimpulse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ansatzpunkt muss dabei die Pendlerförderung des Bundes sein. 2013 wurde zwar der sogenannte „Pendler-Euro“ – ein kilometerbezogener Absetzbetrag - eingeführt. Diese Reform blieb aber auf halbem Weg stehen, weil als Basis die Pendlerpauschale – ein Steuerfreibetrag – beibehalten wurde. Die Pendlerpauschale benachteiligt die Bezieherinnen und Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen und – da sie die tatsächliche Fahrtbelastung nicht angemessen berücksichtigt - vor allem burgenländische Pendlerinnen und Pendler, die überdurchschnittlich weite Fahrtstrecken zurück zu legen haben.

Eine Gesamtumstellung der Pendlerförderung auf einen kilometerbezogenen Absetzbetrag würde mehr Fairness und Treffsicherheit bedeuten. Der burgenländische Landtag sieht sich in der Forderung nach einer derartigen Reform auch unterstützt von einem fraktionsübergreifenden Beschluss in der Vollversammlung der burgenländischen Arbeiterkammer.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an den zuständigen Bundesminister für Finanzen heranzutreten

- mit der Forderung nach einer fairen und sozial ausgewogenen Reform der Pendlerpauschale und einer besseren Förderung der Pendlerinnen und Pendler. Ziel muss vorrangig die Umstellung des Gesamtsystems auf einen kilometerbezogenen Absetzbetrag sein, bei dem jeder gefahrene Kilometer berücksichtigt und gleich viel wert sein muss. Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigte sollen durch volle Negativsteuerwirkung profitieren.
- Darüber hinaus darf es zu keinen weiteren Belastungen der Pendlerinnen und Pendler in Form einer höheren Besteuerung von Diesel oder einer kilometerbezogenen PKW-Maut kommen.